



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/IX/31 - 6.2.55 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Hinweise Fernsprecher 21831-33
auf den Inhalt: Fernschreiber 039890

Der NWDR und Arnolds Rundfunkwünsche	S. 1
Belgien und die WVG	S. 3
"Soll und Haben"	S. 4
Der Schulstreit in Mühlhausen	S. 6

Das Gesamtanliegen hat Vorrang

Von Heinz Kühn, M.d.B.

Die seit geraumer Zeit aus Nordrhein-Westfalen auf den NWDR zukommende Aufgliederungsinitiative hätte durch einen Staatsvertrag der vier das Sendegbiet des NWDR darstellenden Länder dergestalt aufgefangen werden können, daß man den berechtigten Anliegen Nordrhein-Westfalens im Rahmen der Aufrechterhaltung des Nordwestdeutschen Rundfunks entgegengekommen wäre.

An den von Ministerpräsident Arnold nunmehr vorgelegten Gesetzentwurf zur Errichtung eines Westdeutschen Rundfunks Köln als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die SPD-Landtagsfraktion unter zwei Gesichtspunkten herangetreten.

Die SPD hat bei allen parlamentarischen Erörterungen der Rundfunkprobleme betont, daß die kulturelle Erhaltung des Rundfunks Ländersache ist, wobei allerdings immer klar im Bewußtsein stehen sollte, daß der größere Teil unserer Länder, geschaffen aus sieghafter Besatzungssouveränität und ursprünglichem Besatzungswunsch nach stärkstmöglichem Aufsprengen der deutschen Einheit, unzulängliche Provisorien sind. Doppelt zurückhaltend sollten wir gerade jetzt damit sein, auf diesen Provisorien immer weitere Einrichtungen aufzubauen, in dem Augenblick, in dem unsere Blicke hoffnungsvoll auf Berlin gerichtet sind in der Erwartung, daß ein entscheidender Schritt in Richtung auf die deutsche Einheit uns eine Wille von Neuordnungen auferlegen würde, die

dann nicht an Zonengrenzen, Demarkationslinien und auch nicht Landesgrenzen orientiert werden müssen.

Wenn jedoch ein Land aus seiner gebietlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung an eine landesgesetzliche Regelung des Rundfunkwesens denken kann, so darf am ehesten Nordrhein-Westfalen diesen Anspruch erheben.

Jedoch ist es eine fundamentale Überzeugung der Sozialdemokraten, daß über allen landesmannschaftlichen Überlegungen die gemeinsamen Notwendigkeiten stehen! Es ist unbestreitbar und nicht nur von dem sozialdemokratischen Sprecher in der Düsseldorfer Landtagsdebatte betont worden, daß der NWDR in den hinter uns liegenden Jahren eine große verdienstvolle nationalpolitische Aufgabe erfüllt hat: Durch keine andere Rundfunkanstalt haben auch nur annähernd die Menschen im deutschen Osten so viel über uns im Westen erfahren und umgekehrt ist es ein Verdienst des NWDR, daß wir im Westen über den NWDR stets die geistige Verbindung zum deutschen Osten und insbesondere zu Berlin gehabt haben. Das Verdienst des NWDR als geistige, seelische und politische Klammer ist nicht nur unbestreitbar, sondern gerade jetzt auch von jenen zugegeben worden, die früher allzugerne an der wahlpropagandistischen Legende beteiligt waren vom "sozialdemokratischen NWDR". Der sozialdemokratische Sprecher fand den Beifall nicht nur seiner Fraktion, als er feststellte: "Wenn der Westdeutsche Rundfunk Köln nicht schräger wird, als der NWDR es war, sind wir ziemlich beruhigt".

Die großen Gemeinschaftsarbeiten, die der NWDR geleistet hat und noch leistet, müssen auf jeden Fall erstens gesichert und zweitens möglichst durch eine Vereinbarung zwischen den Länderpartnern der britischen Zone vorher vereinbart werden, bevor die Landesgesetze verabschiedet werden. Die Initiative dazu aber liegt bei den norddeutschen Regierungen, die bisher reichlich wenig Initiative bekundet haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb den Wunsch betont, daß eine Gleichzeitigkeit von Vertrag und Gesetz zustande kommt. Sie wird in diesem Geiste an die Beratung herangehen mit einem grundsätzlichen Ja zu einem Landesgesetz, das jedoch unter dem überwältigenden Gedanken formuliert werden muß, daß föderalistisch-landesmannschaftliche Gesichtspunkte hinter den gemeinsamen-deutschen Notwendigkeiten stehen.

+ + +

EVG - Vertrag kein Wahlschlager

pt - Brüssel

Der EVG-Vertrag hat das Schicksal eines nicht gewünschten Kindes. Während Paris und Rom trotz aller nordamerikanischer Hochzeitsgaben sich nicht zu seiner Ratifizierung entschließen wollen, spricht man in Belgien, wo man sie vollzogen hat, so ungern von ihm wie von einem peinlichen Wechselbalg. Die Ursache hierfür ist simpel: Spätestens am 23. Mai muß Belgien nach seiner Verfassung Neuwahlen des Parlaments vornehmen und keine der drei maßgebenden Parteien hat einen einheitlichen Standpunkt zum EVG-Vertrag einnehmen können! Ebenso, wie im November die ihm zustimmende Mehrheit sich aus Christlichsozialen, Sozialisten und Liberalen zusammensetzte, wird die bevorstehende Abstimmung im Senat Ja- und Nein-Stimmen bei allen drei Fraktionen verzeichnen. Der Präsident des Senats - ein christlichsozialer Gegner des EVG-Vertrages - hätte lieber wie sein sozialistischer Kollege, der Senator Rollin, die Ratifizierung dem neuen Senat überlassen. Man weist bei den vertragsgegnerischen Senatoren auf die Unsinnigkeit hin, den Vertrag zu ratifizieren, während in Berlin eine Konferenz tagt, die ihn vielleicht gegenstandslos macht. Aber zu den Anhängern des Vertrages gesellen sich jetzt die Parteivorstände mit dem an und für sich logischen Einwand, daß die Nichterledigung den Streit um den Vertrag zum Mittelpunkt des Wahlkampfes machen würden - was soll der Wähler sagen, wenn ihn jede Partei einen Redner für und einen gegen den Vertrag stellen kann? Besser sei es, ihn vor der Parlamentsauflösung zu erledigen und nicht mehr über ihn zu reden. Im stillen hegt man die Hoffnung, daß die Vierer-Konferenz irgendeine Wendung bringt, die den Vertrag gegenstandslos macht.

Wie sehr diese Spaltung in der EVG-Frage gerade den Sozialisten geschadet hat, zeigt die kommunistische Wahltaktik. Die Kommunisten, im gegenwärtigen belgischen Parlament die kleinste Partei - eine klägliche Fraktion von sieben Abgeordneten gegenüber 77 Sozialisten - haben beschlossen, in allen Orten, wo der sozialistische Kandidat Vertragsgegner ist, keinen kommunistischen Kandidaten aufzustellen, sondern den Wählern die Stimmabgabe für den Sozialisten freizustellen. Natürlich ist das eine bloße Wahlkomödie. In den meisten dieser Orte wäre die Kandidatenaufstellung für die Kommunisten sowieso aussichtslos. Selbstverständlich ist dieser kommunistische Beschluß einseitig,

ihm liegt keine Vereinbarung mit irgendeiner sozialistischen Partei-
instanz zugrunde. Aber man kann sich vorstellen, wie die Kommunisten
zum Beispiel in Brüssel, wo sie Henri Spaak, dem fanatischsten Ver-
tragsverfechter der Sozialisten, einen eigenen Kandidaten gegenüber-
stellen, mit Zitaten und Aussprüchen sozialistischer Vertragsgegner
operieren werden! Mögen in einem Wahlkreis, in welchem ein christlich-
sozialer Vertragsgegner einem sozialistischen Vertragsanhänger gegen-
übersteht, die beiden noch so sehr - vielleicht auch aus Rücksicht auf
Berliner Konferenzergebnisse - über den "Pohltritt" des vergangenen
Parlaments nicht mehr sprechen wollen - der Kommunist wird desto lau-
ter den einen gegen den anderen ausspielen. Es wäre nicht das erste
Mal, daß ein Kommunist einer Rechtsparteiler Hilfestellung gegen einen
Sozialisten leistet ...

Noch ist nicht entschieden, wann das Parlament aufgelöst wird.
Die christlichsoziale Regierung möchte die Wahlen am 4. April abhalten
lassen. Aber sie möchte auch, daß bis Ende Februar der EWG-Vertrag an-
genommen wird, um nicht mehr über ihn reden zu brauchen. Schon in den
bisherigen Anlaufreden der christlichsozialen Minister wird der Ver-
trag, im vorigen Jahre vom Außenminister van Zeeland als Paradestück
vorgeführt, mit wenigen verlegenen, für Anhänger und Gegner um "Ver-
ständnis" bittenden Worten, abgetan. Man weiß - die belgischen christ-
lichsozialen Führer sind kluge Taktiker - daß dem belgischen Wähler
eine ganze Anzahl sozialer und wirtschaftlicher Fragen sehr viel mehr
am Herzen liegen.

+ + +

"Soll und Haben"

R.D. "Soll und Haben" nennt sich eine Sendung des NWDR Köln, in
der in Kommentaren zu wirtschaftspolitischen Tagesfragen Stellung ge-
nommen wird... Sehr einseitig Stellung genommen wird, sowie auch nicht
immer der Wahrheit entsprechend. Hier ein paar Kostproben aus der Sen-
dung vom 4.2.1954, 22.30 Uhr, in der vom Sprecher behauptet wurde:

Innerhalb des letzten Jahres seien die Lebenshaltungs-
kosten um 4,5 Prozent gefallen, aber die Löhne um 10 Pro-
zent gestiegen.

Nach den "Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes", einer Veröffent-
lichung des Statistischen Bundesamtes, stand der Preisindex für die
Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe im Jahresdurchschnitt
1952 auf 171 und im November 1953 auf 167. Das sind zwar vier Index-
punkte, aber nur 2,4 Prozent und nicht 4,5 Prozent. Außerdem war der

Indexstand 1951 = 162 und 1950 = 156.

Die Löhne (gemeint sind hier sicher die vielzitierten Brutto-Wochenverdienste) sind tatsächlich vom Februar 1953 = 187,9 Indexpunkte bis August 1953 = 204,4 um 17,4 Punkte gestiegen; bis zum Jahresende vielleicht sogar um 10 Prozent. Aber das ist überhaupt kein Vergleich, weil die gleichen Verdienste im November 1952 bereits den Stand von 196 erreicht hatten und nach der oben angewendeten Betrachtungsweise, also von November 1952 bis Februar 1953, um 9 Punkte = rund 5 Prozent gefallen gewesen wären. Hier wird willkürlich die Bewegung der Wochenarbeitszeiten außer acht gelassen. Nimmt man nämlich die Brutto-Stundenverdienste unter die Lupe, so zeigt sich, daß der Lohn von November 1952 bis August 1953 um 5 Pfg = 2,5 Prozent gestiegen ist. Da waren also gleich zwei Unwahrheiten in einem Satz des NWDR-Sprechers.

Der Sprecher behauptete weiter: Wer sich angesichts der anziehenden Weltmarktpreise für Rohkaffee, Kakao, Margarine-Rohstoffe usw. über die steigenden Verbraucherpreise erregt, habe keine Ahnung von der Kalkulation. Der Produzent sei eben genötigt, die Preise der Wiederbeschaffung der Rohstoffe in seine Rechnung einzustellen. Daß bisher noch gar keine Rohstoffe zu diesen erhöhten Preisen gekauft worden seien, sei für die Notwendigkeit einer solchen Berechnung unmaßgeblich. Das ist einfach unerhört!

Wenn sich ein Produzent oder Händler einer solchen Argumentation bedient, so gibt er damit nur Auskunft über seine unehrlichen Kalkulationsmethoden, und sie sind heute weitverbreitet. Es war dies das Aushängeschild des ehrlichen Kaufmanns (Händlers wie Produzenten), dem letzten Abnehmer seiner Waren nur die objektiven Kosten weiterzureichen, die ihm selbst entstanden waren und das sowohl bei sinkender wie bei steigender Tendenz. Es war sogar der Stolz solcher Kaufleute, dem bevorzugten Kunden "noch aus billigen Einkaufsbeständen" Angebote zu offerieren. Aber das gibt es - leider - bei uns noch nicht wieder. Heute läßt man sich vom Kunden über den sofort erhöhten Verbraucherpreis für Waren aus der vergangenen "billigen" Erzeugung die künftigen Rohstoffkäufe verfinanzieren und hält bei sinkenden Weltmarktpreisen an der Kalkulation auf "teuer" eingekauften Lager vorräten fest. Soweit die unehrliche kaufmännische Praxis.

Aber wieso hat sich ein verantwortlicher Rundfunkredakteur mit solch unsauberen Kalkulationsmethoden zu identifizieren - und ihre Kritiker der Unkenntnis zu zeihen - wieso mit unrichtigen, zumindest unvollständigen Fakten zu argumentieren? Von wem wird er dafür bezahlt? Vom HöRer? Sicher nicht. Gerade die HöRer - sicher zu meist Verbraucher - verlangen in puncto Objektivität und geschäftlicher Sauberkeit statt Einseitigkeit auch eine Rücksichtnahme auf ihre Interessen. Das ist ein unabänderliches "Soll", aber an "Haben" scheint es hier erheblich zu hapern.

+ - +

Ländliches Stück

Schauplatz: Mühlhausen, ein Dorf von rund tausend Seelen, im Kreis Neumarkt gelegen, zwischen Nürnberg und Regensburg.

Vorgeschichte: Es gibt dort seit langen eine Gemeinschaftsschule, der die weit überwiegende Zahl der Kinder angehört. Die bayerische Landesregierung aber richtet eines Tages zwangsweise eine katholische Bekenntnisschule im Schulhaus ein, (das übrigens nicht ihr, sondern der Gemeinde gehört). Die katholische Bekenntnisschule wird von zehn katholischen Kindern besucht. Eine Elternversammlung spricht sich mit großer Mehrheit für die Gemeinschaftsschule aus. Die Gemeinde klagt. Es gibt einen entsetzlich langen Prozeß. Das Verwaltungsgericht entscheidet für Aufhebung der katholischen Bekenntnisschule.

Hauptperson: Christian Schiller, Dorfbürgermeister, ein Mann in der Mitte der Fünfzig, mit einem ganz prachtvollen, natürlich etwas ackigen Bauernschädel.

Zeitpunkt: Vor und nach den letzten Weihnachtsferien.

x

Und nun die Handlung:

Der Landrat schickt zwei Inspektoren und zwei Uniformierte. Sie verlangen vom Bürgermeister die Schlüssel, um die vom Gericht aufgehobene katholische Bekenntnisschule wieder einzurichten. Der Bürgermeister weigert sich. Sie drohen mit Verhaftung. Der Bürgermeister gibt die Schlüssel heraus. Die katholische Bekenntnisschule ist wieder da.

Während der Weihnachtsferien werden die Zimmer, die man der Gemeinde weggenommen hat, vom Bürgermeister mit neuen Schlössern versehen. Diesmal sind es Sicherheitsschlösser.

Am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien ist wieder eine uniformierte Kolonne da. Sie wollen die Schlüssel. Der Bürgermeister weigert sich.

Da holen die Leute des Landrats den Schlosser des Dorfes, "Du", sagt der Bürgermeister, "wenn du da aufbrichst, ist das Hausfriedensbruch!" Der Schlosser bricht nicht auf.

Einige Stunden später sind die Leute des Landrats wieder da. Sie haben einen Schlosser aus der Kreisstadt geholt. Der tut es. Die Türen sind offen. Die Schulkinder haben zugeschaut. Die katholische Bekenntnisschule ist wieder da.

+ + +

Konferenz-Tone und Sowjetzone

E.Z. Berlin

Die Berliner Aussenminister-Konferenz wird leider zu oft im Lichte festurissener Wunschträume gesehen und konnotiert. Wird auf diese Weise nicht nur die Pflicht zu objektiver Berichterstattung verletzt und damit der Wiedervereinigung Deutschlands ein denkbar schlechter Dienst erwiesen, weil ja die publizistische Reaktion niemals ohne Einfluss auf die Verhandlungen selbst ist, so wirkt sich diese entstellte und tendenziöse Berichterstattung vor allem auch auf die Bevölkerung der Sowjetzone verhängnisvoll aus.

Man muss wissen, dass fast die ganze Sowjetzonenbevölkerung Tag und Nacht am Rundfunkempfänger sitzt, um sich durch Abhören westlicher Stationen, sei es des RIAS, des WDR, des Hessischen Rundfunk oder von SBC, ein Bild von den Geschehnissen in Berlin zu machen. Daraus ergibt sich die ungeheure Verantwortung, die gerade heute diese Stimmen der freien Welt für die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang haben. Die Berichterstattung von Presse und Rundfunk der Sowjetzone ist aufgrund jahrelanger Erfahrung so sehr an Misskredit geraten, dass sich die Sowjetzoneneinwohner heute geradezu im blinden Vertrauen auf das verlassen, wie im deutschen Westen die Lage beurteilt wird.

Die sehr kategorische Behauptungen wie "die Konferenz sei zur Erfolglosigkeit" verurteilt, ein Abbruch "nicht mehr zu vermeiden" usw. zu einer Krise in der schon an sich hochgespannten Atmosphäre in der Sowjetzone führen müssen, liegt auf der Hand. Als zum Beginn der Viererkonferenz war aufgrund der über Jahrzehnte lang mit der sowjetischen Politik in der Zone gewiss nur ein schwacher Optimismus vorhanden, die Wiedervereinigung könnte vielleicht doch eines Tages durch gütliche Einigung zwischen West und Ost erreicht werden. Als sich die Aussenminister dann öfter in Berlin zusammensetzten, verstärkte sich der Hoffungsschimmer. Neben der Tatsache, dass sich die Sowjets überhaupt zu Verhandlungen bereit erklärt hatten, wirkte vor allem die Ratlosigkeit und Unsicherheit der SED über das, was der Kromb eigentlich plante, im Sinne eines Wachstums der Zuversicht.

Nach den letzten Berichten aus der Zone breitet sich nun aber wieder Hoffungslosigkeit, ja stellenweise Verzweiflung immer mehr aus. Gewiss tun die Radio Moskows zum Ende der zweiten Woche das Ihre dazu. Aber westliche Kommentare fördern diese Stimmung in bedenklicher Weise. Insbesondere auf dem Lande erscheinen Verzweiflungsaktionen nicht unwahrscheinlich. SED- und Staatsapparat, die beide das Vergebliche der Einschüchterungsversuche erkennen, wie sie seit dem 20. Januar in der erhöhten Alarmbereitschaft der gesamten Volkspolizei und in der Anweisung zum Einsatz von Vorkriegswachen in den grossen Betrieben und Verwaltungsbüroen zum Ausdruck gekommen sind, gehen bereits wieder zu einer Verstärkung der Verhaftungen über. Jeder Verdächtige, so heisst es in einem Vopo-Befehl, sei sofort festzunehmen und zu überprüfen. Diese Stimmung, die für die SED neue Aufstandsaktionen zu fürchten lässt, hat zu drakonischen Vorsichtsmassnahmen geführt, z.B. man erkennen musste, dass auch unter der Arbeiterschaft alle Propaganda-Aktionen der SED nur auf ein eisiges Schweigen stossen.

Gewiss wäre es falsch, Illusionen zu erwecken und Behinderigkeiten und Hindernisse auf dem Wege der Konferenz zu ignorieren oder zu leugnen. Aber noch gefährlicher ist es, jede sich entwickelnde, vielleicht noch so bescheidene Zuversicht mit aggressiv-düsteren Prophezeiungen zu zertreten.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler